

LN - 2.3.2017

Brandbrief zum Belttunnel: Der Zorn der Dänen wächst

Kopenhagen macht Kieler Regierung für Verzögerungen verantwortlich

Von Wolfram Hammer

Kiel/Kopenhagen. Zwischen Kiel und Kopenhagen ist offener Streit um den Fehmarnbelttunnel ausgebrochen. Das Planverfahren für das Prestigeprojekt der nördlichen Nachbarn schleppt sich auf deutscher Seite dahin. Für die Verzögerungen macht der liberale dänische Transportminister Ole Birk Olesen in einem Wutbrief an CSU-Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt jetzt die Kieler SPD-Grünen-SSW-Landesregierung verantwortlich. Der Konter aus Kiel kam prompt. Tenor: Es seien vor allem die Schlampereien der Dänen, die zusätzlich Zeit kosten würden.

Es geht um die Abarbeitung von 12 600 Einwendungen, die Bürger, Verbände und Kommunen im Zuge des Planfeststellungsverfahrens 2016 gegen den Tunnelbau und den Ausbau der Hinterlandanbindung auf schleswig-holsteinischer Seite eingereicht haben. Die staats-eigene dänische Baufirma Femern A/S habe eigens 150 Experten ein-

gestellt, um alle Einwendungen in „hoher Qualität“ zu beantworten, schreibt Olesen. Die Antworten liegen in Kiel vor. Dennoch habe Kiels SPD-Verkehrsminister Reinhard Meyer ihn im Dezember informiert, dass das Planfeststellungsverfahren um sechs Monate verspätet sei. Erst in diesem März wolle Meyer einen neuen Zeitplan vorlegen. „Weitere Verspätungen im Planfeststellungsverfahren würden nach meiner Auffassung ernsthafte Zweifel wecken, ob die schleswig-holsteinischen Behörden den Anforderungen aus dem Staatsvertrag gerecht werden können“, so Olesen. Sie könnten das ganze Projekt in Gefahr bringen.

Planverfahren seien in Deutschland nun mal gesetzlich genau geregelt, heißt es hingegen aus dem Kieler Verkehrsministerium. Und nur wenn Unterlagen und Einwendungen exakt aus- und abgearbeitet werden, hätten die Pläne später vor den unabhängigen Bundesrichtern in Leipzig Bestand, sagt SPD-Staatssekretär Frank Nägele.

Eröffnung 2028?

2021 soll es los gehen mit dem Bau des 17,6 Kilometer langen Fehmarnbelttunnels, so hieß es zuletzt. Zuvor war schon mal das Jahr 2018 im Gespräch. Da könne es jetzt aber frühestens den Planfeststellungsbeschluss geben, sagt Kiel. Danach plane man zwei Jahre Zeit für Klagen ein. Die Eröffnung des Tunnels könnte dann frühestens 2028 gefeiert werden.

Schon im Frühjahr 2016, bei einer ersten Welle von 3000 Einwendungen gegen das Projekt, habe man feststellen müssen, dass die dänischen Planer die notwendigen Änderungen eben nicht mit der nötigen Sorgfalt erarbeitet hätten. Die Unterlagen mussten nach Kopenhagen zurückgeschickt werden. Allein dadurch sei es zu vier Monaten Verzögerung gekommen. Wenn die 12 600 neuen Antworten von Femern jetzt tatsächlich mit der „notwendigen Tiefe und Sorgfalt“ erstellt worden seien, werde die Abarbeitung beim Landesbetrieb Verkehr aber im Zeitrahmen bleiben.

Im Bundesverkehrsministerium wollte man gestern keine Stellungnahme zum Brandbrief abgeben. Die Opposition im Kieler Landtag ist sich uneins. Während CDU-Fraktionschef Daniel Günther fordert, Meyer die Zuständigkeit für die Planung zu entziehen, beharren die Piraten trotz der Proteste aus Kopenhagen darauf, dass die Anliegen der Bürger gründlich geprüft werden müssen. **Seite 6**

„Dänemark verliert Vertrauen“

Streit um Planung der Beltquerung: Auch CDU und FDP kritisieren Regierung

Kiel/Kopenhagen. Ist die SPD-Grünen-SSW-Landesregierung schuld an den Verzögerungen bei der Planung des Fehmarnbelttunnels? Die Regierung weist solche Vorwürfe des liberalen dänischen Verkehrsministers Ole Birk Olesen empört zurück, verweist stattdessen auf eine angeblich wenig sorgfältige Abarbeitung von Bürger-Einwendungen gegen das Projekt durch die dänischen Planer. Im Kieler Landtag allerdings bekommt Olesen Unterstützung – von CDU und FDP.

„Dänemark hat offenbar das Vertrauen in die schleswig-holsteinische Regierung verloren“, sagt der CDU-Oppositionsführer und Ministerpräsidenten-Kandidat Daniel Günther. SPD-Ministerpräsident Torsten Albig müsse seinem Verkehrsminister Reinhard Meyer daher sofort die Verantwortung für die feste Fehmarnbeltquerung entziehen. Die Formulierung derart offener Kritik sei zwischen befreundeten Staaten sonst unüblich. „Die

Dänen glauben offenbar nicht mehr an die Fähigkeit der hiesigen Landesregierung, dieses Projekt umzusetzen.“ Und: Die Planungen für die Hinterlandanbindung auf deutscher Seite müssten sofort an die bundeseigene Planungsgesellschaft DEGES übergeben werden. Meyer habe in seinem Haus offenbar keine ausreichenden Planungskapazitäten. Die „schlafmützige“ Regierung habe es geschafft, „unser Bundesland bei allen großen Verkehrsprojekten bestmöglich zu blamieren“, sagt auch der FDP-Abgeordnete Christopher Vogt.

Ganz anders die Piraten: „Die Anliegen der Schleswig-Holsteiner müssen ernst genommen werden“, sagt deren Verkehrspolitiker Uli König. Der Baustopp der A 20 bei Bad Segeberg sei ein mahnendes Beispiel dafür, „was passiert, wenn CDU und FDP mal eben schnell Fakten schaffen wollen und alle Einwände ignorieren“. „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“,

mahnt auch SSW-Frontmann Lars Harms an. Jede Einwendung müsse detailliert geprüft und beantwortet werden. Wer meint, man könne das „eben mal im copy-paste-Verfahren erledigen“, werde vor Gericht die Konsequenzen spüren. Andreas Tietze (Grüne) vermutet, dass die dänische Planungsgesellschaft wohl erkannt habe, wie realitätsfremd das ganze Projekt sei. Jetzt werde jemand gesucht, „dem sie die Schuld in die Schuhe schieben können“. SPD-Verkehrsstaatssekretär Frank Nägele bestritt derweil, dass es bei den Planern Personalprobleme gebe. Auch Günthers DEGES-Forderung wies er zurück. Günther kenne das Planungsrecht offenbar nicht. Die DEGES sei ein Planungsbüro, die Planfeststellung könne ihr schon rein rechtlich nicht übertragen werden.

Derweil besucht heute eine Delegation des dänischen Parlaments den Landtag. Für Diskussionen dürfte gesorgt sein. *W.Hammer*

KOMMENTAR

Das Planungsrecht gilt für alle



Von Wolfram Hammer

Ja, ist denn immer noch Karneval? Die Politik in Kopenhagen jedenfalls strapaziert das schleswig-holsteinische Humorzentrum derzeit etwas über Gebühr. Erst forderte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Folketing ein Dänemark bis zur Eider. Jetzt schiebt der amtierende Transportminister der Landesregierung mal eben die Schuld für die Verzögerungen beim Fehmarnbelttunnel in die Schuhe.

Natürlich kann man über das

deutsche Planungsrecht diskutieren. 12 600 Einwendungen sind allein nach der zweiten Fehmarnbelt-Anhörungsrunde zu beantworten. Bei geringsten Fehlern droht ein Baustopp durchs Gericht. Das beschleunigt Großprojekte nicht eben.

Klar ist aber auch: Solange die Gesetze so sind, wie sie sind, haben sich alle daran zu halten, auch staatliche dänische Planungsgesellschaften. Es ist daher gut, dass die Kieler Planer die Antworten auf die Einwendungen genau unter die Lupe nehmen. **Dass einige Antworten in Kopenhagen zumindest in der ersten Runde so nachlässig verfasst wurden, dass Kiel Nachbesserungen einfordern musste, spricht eher für Realitätsverweigerung. Oder für eine gehörige Portion Arroganz gegenüber den südlichen Nachbarn.**